



Der Evangelische Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e.V. ist in einem Fernsehbeitrag des hr-Magazins „defacto“ vom 27. April 2020 kritisiert worden und nimmt dazu Stellung:

Der Evangelische Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e.V. wurde 1984 durch Mitarbeitende des Evangelischen Regionalverbandes gegründet. Ziel war und ist es, Personen mit existenzbedrohenden Schwierigkeiten, bei denen Wohnungslosigkeit unmittelbar bevorsteht oder bereits eingetreten ist, zu unterstützen und insbesondere den Wohnraum zu sichern oder zu beschaffen. Dieses Ziel verfolgt der Verein ausschließlich gemeinnützig. Dafür betreibt der Verein seit über 30 Jahren Übergangsunterkünfte in Frankfurt am Main, um Einzelpersonen, Paaren und Familien eine vorübergehende Wohnsituation zu ermöglichen. Aktuell sind dies 18 Unterkünfte mit rund 1400 Plätzen. Für den Betrieb der Unterkünfte wurden Leistungs-, Prüf- und Vergütungsvereinbarungen mit der Stadt Frankfurt abgeschlossen. Die Vergütung für diese Leistungen belief sich im Jahr 2019 auf elf Millionen Euro. Der Evangelische Verein für Wohnraumhilfe schüttet keine Gewinne aus, Jahresüberschüsse werden dem Vereinszweck, Wohnungslosigkeit zu verhindern, zugeführt.

ZVU im Auftrag der Stadt Frankfurt

1993 wurde durch einen Magistratsbeschluss dem Verein die Aufgabe übertragen, die Unterbringung von wohnungslosen Personen für die gesamte Kommune zu koordinieren und mit städtischem und eigenem Personal die entstehenden Unterkunftskosten abzurechnen. Für die Aufgabe der Zentralen Vermittlung von Unterkünften (ZVU) wurde ein Vertrag zwischen dem Evangelischen Verein für Wohnraumhilfe und der Stadt Frankfurt geschlossen. Die Gesamtkosten für die Unterbringung der Personen im ZVU-System werden in einem mit der Stadt abgestimmten und geregelten Verfahren abgerechnet, über die Höhe der Unterbringungskosten entscheidet die Stadt. Hierbei wird nach Unterbringungskosten, die an die Betreiber weitergeleitet werden, und Verwaltungskosten für die ZVU präzise unterschieden. Die Verwaltungskosten der ZVU betragen im Jahr 2019 rund eine Million Euro.

Im Rahmen der ZVU werden mit Betreibern von Wohnheimen und Hotels Belegungsvereinbarungen abgeschlossen, in denen eine verbindliche Grundausrüstung der Unterbringung für eine festgelegte Anzahl an Plätzen vereinbart wird. Hierfür erfolgt stets eine enge Abstimmung mit der Stadt Frankfurt und eine entsprechende Beauftragung. Im Rahmen von routinemäßigen Begehungen verschaffen sich Mitarbeitende der ZVU einen Überblick vor Ort über den Allgemeinzustand der Unterkunft und über die Wohnsituation der Personen. Eingehende Beschwerden werden bearbeitet und auf Abhilfe hingewirkt.

Brandschaden in einer Unterkunft eines Betreibers

Für das Wohnheim aus der Berichterstattung des hr-Magazins „defacto“ vom 27. April 2020 hat der Verein über die ZVU mit dem Betreiber im Jahr 2015 einen Fünf-Jahres-Belegungsvertrag abgeschlossen, der innerhalb der nächsten Monate ausläuft und nicht verlängert wird. Die Unterkunft wurde auf dem Höhepunkt der Ankunft von Geflüchteten in enger Abstimmung mit der Stadt Frankfurt mangels kurzfristiger Alternativen in Betrieb genommen. Das Team des hr hat ohne Drehgenehmigung im Wohnheim gefilmt. Das Wohnheim hatte infolge eines Brandes auf einem Nachbargrundstück Anfang Februar 2020 Schäden an Fenstern und an der Eingangstür davongetragen. Der Evangelische



Verein für Wohnraumhilfe hatte nach dem Brand regelmäßig mit dem Betreiber Kontakt und war zwischenzeitlich auch mehrmals selbst vor Ort. Die Feuerwehr hat nach dem Brand Messungen vornehmen lassen. Es gab keine bedenklichen Werte und so wurde das Gebäude nach dem Brand wieder freigegeben, die rund 25 Bewohner mussten nicht anderweitig untergebracht werden. Für die Reparatur der Schäden ist der Betreiber der Unterkunft zuständig. Dieser gab dem Evangelischen Verein für Wohnraumhilfe gegenüber an, er habe die nötigen Reparaturarbeiten in Auftrag gegeben. Aufgrund der Einbeziehung der Versicherung nahm dies einige Zeit in Anspruch.

Verfälschte Darstellung

Den im hr-Beitrag erhobenen Vorwurf der „miserablen Arbeit für teures Geld“ weist der Evangelische Verein für Wohnraumhilfe als inakzeptabel zurück. Die Mitarbeiter*innen des Vereins leisten tagtäglich engagierte und gute Arbeit in der Vermittlung und Betreuung von wohnungslosen Personen. Der Evangelische Verein für Wohnraumhilfe hat dem hr ausführliche Informationen zukommen lassen, vieles wurde im Filmbeitrag nicht dargestellt. Eine sachliche und objektive Berichterstattung hat durch das Magazin „defacto“ nicht stattgefunden und auch kein Bemühen, die Komplexität des Arbeitsfeldes näher zu beschreiben.

Außerdem verwahrt der Evangelische Verein für Wohnraumhilfe sich ausdrücklich dagegen, im Zusammenhang mit dem „AWO-Skandal“ genannt zu werden. Auch den Vorwurf der Intransparenz weist der Verein zurück. Gegenüber der Stadt Frankfurt, seiner Auftraggeberin, Kostenträgerin und Kooperationspartnerin, ist der Verein hinsichtlich seiner Arbeitsinhalte und der Kosten transparent und arbeitet auf allen Ebenen eng mit den städtischen Stellen zusammen. In allen Arbeitsfeldern ist der Verein gemeinnützig tätig und verfolgt seit mehr als 30 Jahren den Zweck: Verhinderung von Wohnungslosigkeit.

Angespannter Wohnungsmarkt

In diesem Arbeitsfeld handelt es sich stets um eine Grundversorgung zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Die Unterkünfte sind keine Alternative für eine eigene Wohnung und sollen diese auch nicht ersetzen, sondern verhindern, dass Personen gänzlich ohne Obdach sind. Der Verein setzt sich stets dafür ein, dass menschenwürdige Quartiere bereitgestellt werden. Jedem Haushalt sollen Rückzugsmöglichkeiten sowie eigene Sanitäranlage und Kochgelegenheit zur Verfügung stehen. Angesichts des anhaltend angespannten Wohnungsmarktes in Frankfurt am Main wird dies zu einer zunehmend größeren Herausforderung. Wohnen ist Voraussetzung zur Entfaltung der Privatsphäre und ein wesentlicher Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens.

Evangelischer Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e.V.

Frankfurt am Main, 30.04.2020

Rebekka Georgi & Heinz Gonther

Geschäftsführung